

Für weniger kapitalistische Schwarzmalerei und mehr revolutionär-linkem Pessimismus!

Minderheitsvotum zum SIB-Papier „Casino’ oder ‚Überakkumulation’? 13 Thesen der SIB zur ‚Schuldenkrise’“

Übersicht

I. Zur politischen Lage und den politischen Aufgaben	47
II. Zur Krisen-Diagnostik	50
III. Finanzmarktgetriebener oder finanzmarktgestützter Kapitalismus?	57
IV. „Realwirtschaft“ und „Finanzmärkte“ – zu zwei Einwänden der SIB-Mehrheit gegen Guenther Sandleben	60
V. Der vermeintliche tendenzielle Fall der Profitrate.....	61

Für weniger kapitalistische Schwarzmalerei und mehr revolutionär-linkem Pessimismus!

Minderheitsvotum zum SIB-Papier „Casino’ oder ‚Überakkumulation’? 13 Thesen der SIB zur ‚Schuldenkrise’“

Das Mehrheits-Papier ist hinsichtlich der (politischen) Perspektiven der revolutionären Linken zu optimistisch und betreibt hinsichtlich der (ökonomischen) Perspektiven der kapitalistische Produktionsweise realitätswidrige Schwarzmalerei. Das Papier bleibt bei der notwendigen Kritik des krisendiagnostischen mainstreams auf halbem Wege stehen und beinhaltet daher auch die Gefahr, revolutionäre durch reformerische „Agitation“ zu ersetzen. So würden wir unsere Bedenken gegen das Mehrheits-Papier zusammenfassen.

Das Papier beginnt mit den Sätzen: „Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts ist dreifach schwer angeschlagen. Wir erleben nicht nur eine ökonomisch / soziale und eine ökologische Krise, sondern auch eine der Legitimation und der Repräsentation – in zwei Ländern der Euro-Zone wird die bürgerlich-parlamentarische Demokratie zugunsten von ‚Experten-Regimes’ gerade geschleift“;

und es endet mit folgender Analyse und folgendem Vorschlag: „Die Leute haben die Schnauze voll vom Kapitalismus und trotzdem gleichzeitig Angst vor dem, was nach dem ‚großen Knall’ kommt – [...]. Letzteres [... erfordert], so konkret wie möglich erklären zu können, wie in einer nachkapitalistischen Welt Güter produziert, Dienstleistungen erbracht, Handel / Güterverteilung organisiert, Löhne und Renten gezahlt, Ersparnisse gesichert werden.“

I. Zur politischen Lage und den politischen Aufgaben

1. Gegen den gerade zitierten Vorschlag ist *als solchen* ist wenig einzuwenden. Ihn derartig prominent: am Ende, als Schlußfolgerung aus dem gesamten Papier und kurz hinter der Bemerkung, „Die ersten 10 Dekrete einer ArbeiterInnen-Regierung ...werden selbstverständlich nicht durch die SIB ‚beschlossen’, wir wollen bloß etwas Aufmerksamkeit erheischen, weil *uns dieser allerletzte Punkt sehr am Herzen liegt.*“ (unsere Hv.), zu plazieren, scheint uns allerdings auf einer zu optimistischen Prämisse zu beruhen¹ und daher strategisch die Schwerpunkte falsch zu setzen.

Zwar hat die Linke wenig – zu wenig Konkretes! – zu der Frage zu sagen, wie verhindert werden soll, daß ein neuer postkapitalistischer Versuch zu einer Wiederholung des ‚Realsozialismus’ werden soll. Aber dies ist bei weitem nicht der einzige Grund, warum ‚die Massen’ von postkapitalistischen Perspektiven nicht so richtig begeistert sind – um es vorsichtig auszudrücken.

- Es fehlt nicht nur an einer Perspektive für das ‚Danach’, sondern es fehlt auch an einer realistischen Kampfperspektive ‚bis dahin’ – also einer Antwort auf die Frage: Wie soll die Macht des Kapitals gebrochen werden?

¹ Auch wenn ganz am Ende des Papiers – realistisch, wie wir meinen – wiederholt wird, daß wir in der BRD selbst von einem Generalstreik (und sei es auch nur für begrenzte Ziele) „Lichtjahre entfernt“ sind (vgl. dazu auch FN 5).

Ohne eine überzeugende Antwort auf diese Frage zu haben, wird die Unterwerfung unter die Standort-Logik für die meisten Leute allemal attraktiver bleiben, als – mit ungewissem Ausgang – den Kampf gegen Staat und Kapital aufzunehmen.

- Und Frauen, *queers* und Schwarze fragen sich: Warum sollen wir uns zusammen mit Männern und Weißen im antikapitalistischen Kampf besonders aus dem Fenster hängen, wenn wir auch in einer postkapitalistischen Gesellschaft noch Patriarchat und Rassismus am Hals haben?

Mit vorrangigem oder gar exklusiven Antikapitalismus werden wir also – zurecht! – nicht besonders weit kommen.

- Und auch mit dem ‚vom-Kapitalismus-die-Schnauze-voll-Haben‘ scheint es uns nicht besonders weit her zu sein: Der „Kapitalismus“, von dem mittlerweile (wieder) eine ganze Reihe von Leuten die Schnauze voll hat, ist nicht die kapitalistische Produktionsweise im Sinne von Karl Marx, sondern der Neoliberalismus – während der sozialstaatliche Kapitalismus bei derartigen ‚AntikapitalistInnen‘ in Linkspartei, Attac, DGB und der *occupy*-Szene durchaus noch jede Menge FreundInnen hat.

Entgegen der Neigung der Linken, sich gerade auf die *Schwächen* des Kapitalismus zu stützen, braucht es für eine antikapitalistische Perspektive im Sinne von Karl Marx vielmehr einer Darlegung, warum wir auch „einen fein säuberlichen, geschniegelten, gemäßigten und akkuraten Kapitalismus“ ([Lenin, Werke, Bd. 39, S. 96](#)) ablehnen und überwinden wollen.

Wenn das Mehrheits-Papier demgegenüber vorschlägt, „nicht nur den ‚zeitlosen‘ Kapitalismus des ‚Kapitals‘ zu kritisieren, sondern Erklärungen für den *heutigen* Krisen-Kapitalismus zu liefern“, so lautet unsere Antwort darauf: Unsere **politische Haltung** haben ‚wir‘ revolutionären Linken in der Tat zu dem ‚zeitlosen‘ Kapitalismus das *Kapitals*² (dessen Gegenstand ist – abgesehen von einigen historisierenden Passagen – nämlich *nicht* der ‚Manchester-Kapitalismus‘ zur Zeit von Marx‘, sondern die kapitalistische *Produktionsweise* als solche: die Charakteristika und Mechanismen, die vorliegen müssen, um „überhaupt von ‚Kapitalismus‘ sprechen zu können“³). Unsere **aktuellen Aktionslosungen und Taktiken**, müssen wir aber aus einer Analyse heutiger kapitalistischer Gesellschaftsformationen gewinnen.

Um es – der Klarheit halber – noch etwas (vielleicht etwas übertrieben) zuzuspitzen: Unsere politische Haltung ist das, wovon wir überzeugen wollen. Also ist die Argumentation auf der Ebene der ‚zeitlosen‘ **Produktionsweise** die Argumentationsebene, die vorrangig in der **Diskussion mit anderen** relevant ist. Aktionslosungen und Taktiken betreffen dagegen vor allem unsere *eigene* Praxis. D.h.: Die Analyseebene ‚zeitgebundene‘ **Gesellschaftsformation** ist zunächst für die **Selbstverständigung der RevolutionärInnen** wichtig – auch wenn Aktionslosungen und Taktiken der RevolutionärInnen auch gegenüber Nicht-RevolutionärInnen zu begründen sind. Aber letztlich sind nicht die Taktiken und Aktionslosungen das, um was es uns *langfristig* geht; vielmehr sollen sie einen *Beitrag* dazuleisten, daß wir das tatsächlich erreichen können, was wir langfristig erreichen wollen.

² Folglich finden wir es auch zumindest mißverständlich, wenn es in dem Mehrheitspapier heißt: „In dieser klassenpolitischen Situation wird aber auch deutlich, dass Kämpfe um Reformen nicht mehr geführt werden können ohne den Kapitalismus als System in Frage zu stellen. (Nicht weil die Kapitalisten 2011 ‚schlimmer‘ oder ‚geringer‘ sind als die 1970, sondern weil die Zeit der großen Klassenkompromisse aufgrund der fehlenden ökonomischen Spielräume vorbei ist). *Deshalb* versucht die SIB, ihren bescheidenen Mini-Beitrag zu leisten zu einer geeinten, wahrnehmbaren, kampagnenfähigen anti-kapitalistischen Linken in Deutschland.“ (unsere Hv.). **Unseres Erachtens ist die Schaffung einer revolutionär-antikapitalistischen Organisation unabhängig davon richtig, wie groß oder klein die ökonomischen Kompromißspielräume des Kapitals sind.**

³ Michael Heinrich, *Kritik der politischen Ökonomie*. Eine Einführung, Schmetterling: Stuttgart, 2005³, 28 f.

Und 2.: Der Vorschlag der SIB lautet ja, eine neue *politische* Organisation zu gründen. Und das scheint uns angesichts der drei vorgenannten Aufgaben (die weder darin bestehen, unmittelbar militärisch die Machtfrage zu stellen, noch ausschließlich darin, Theoriearbeit zu leisten, noch darin, bloß gewerkschaftliche Kämpfe zu führen), auch angemessen zu sein: Es geht darum, möglichst erfolgreich Kampferfahrungen sammeln und dadurch Selbstvertrauen als Lohnabhängige zu gewinnen; es geht darum, Vertrauen für RevolutionärInnen bei den Massen durch konstruktive, wenn auch nicht unkritische, Beteiligung auch an reformerischen Kämpfen gewinnen; es geht darum, anhand von Bewegungs-/Protest-Anlässen, die systematischen Zusammenhänge und Ursachen der in den Bewegungen und Protesten thematisierten einzelnen Phänomene/Symptome sowie die systematischen Reformgrenzen aufzeigen, und dadurch für die Notwendigkeit einer Revolution zu argumentieren. Alldies sind hauptseitig *politische* Aufgaben.

Ginge es demgegenüber tatsächlich vorrangig darum, „so konkret wie möglich erklären zu können, wie in einer nachkapitalistischen Welt Güter produziert, Dienstleistungen erbracht, Handel / Güterverteilung organisiert, Löhne und Renten gezahlt, Ersparnisse gesichert werden“, so müßten wir eher einen *think tank* als eine politische Organisation gründen (wollen) – um eine derartige ‚Erklärung‘ zunächst einmal überhaupt zu *entwickeln*.

3. Impliziter übertriebener politischer Optimismus findet sich u.E. auch bereits am Anfang des Papiers, wo es heißt: „Als ‚Reformisten‘ bezeichnen wir demzufolge Parteien, Personen, Strömungen, die den Kapitalismus zähmen / menschlicher machen wollen (etwa SPD und Grüne). ‚Gradualisten‘ hingegen wollen den Kapitalismus ohne revolutionären Bruch sukzessive überwinden (etwa die LINKE oder Attac).“

So berechtigt, wie die Unterscheidung zwischen ReformistInnen und GradualistInnen ist: Ein (kritischer) Begriff von Gradualismus, also eine Kritik an der Vorstellung, „den Kapitalismus ohne revolutionären Bruch sukzessive [zu] überwinden“, hat erst Sinn, wo denn überhaupt ein adäquater Begriff von Kapitalismus vorliegt.

Die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise (= das Analyseobjekt von Karl Marx im *Kapital*) ohne Vollziehung eines revolutionären Bruchs überwinden zu wollen, ist in der Tat illusorisch.

Für diejenigen Vorgenannten, für die der „Kapitalismus“, den sie überwinden wollen, nicht die kapitalistische Produktionsweise im Sinne von Karl Marx ist, sondern ausschließlich der nicht-sozialstaatlichen Kapitalismus, gilt diese Kritik, dieser Illusionismus-Vorwurf, allerdings *nicht*. Auch den Neoliberalismus zurückzudrängen, ist zwar keine einfache Aufgabe; und es wird auch kein einfaches Zurück zum Fordismus der 60er Jahren (mit seinem spezifischen Geschlechterarrangement [Familienernährer-Hausfrauen-Ehe] und seinen unökologischen Implikationen) geben. Aber ein ökologisch und feministisch (post)modernisierter *new deal* ist – auch ohne revolutionären Bruch – *kein* Ding der Unmöglichkeit. Wir sind also ausdrücklich nicht mit der These aus dem Papier einverstanden: „In dieser“ – der heutigen – „klassenpolitischen Situation wird [...] deutlich, dass Kämpfe um Reformen nicht mehr geführt werden können, ohne den Kapitalismus als System in Frage zu stellen“.⁴

⁴ Unabhängig von der unten zu besprechenden Frage, ob es eine zyklenübergreifende Tendenz zum Fallen der Profitrate gibt, ist es zumindest nicht so, daß in den letzten Jahren oder gegenwärtig keine Profite mehr gemacht würden. Selbst wenn das Wirtschaftswachstum sinkt (sogar wenn es *negativ* wird), heißt das ja nicht, daß nicht mehr profitabel produziert werden könnte. Vielmehr heißt es nur, daß weitere Produktionsausweitungen (bzw. bestimmte Teilbereiche der bisherigen Produktion) nicht profitabel sind. Und zunächst einmal *zurecht* wird von reformistisch-keynesianistischer Seite auf den steigenden Anteil der Einkommen aus Kapitalanlagen (z.B. Zinsen, Dividenden und Mieten) am Volkseinkommen (das sei-

‚AntikapitalistInnen‘, die auf der Grundlage eines nicht-marxistischen Begriffs von Kapitalismus gegen ‚den Kapitalismus‘ sind (und davon gibt es einige, aber auch nicht besonders viele), sind also ReformistInnen (und nicht GradualistInnen!) – auch, wenn sie *nicht* von Verbesserung, sondern von Überwindung des Kapitalismus *sprechen*. Denn die Überwindung des ‚Kapitalismus‘, *den* sie überwinden wollen, erfordert in der Tat – anders als die Überwindung des Kapitalismus, den *wir* überwinden wollen – *keinen* revolutionären Bruch.

Dies schließt zwar keine Bündnisse aus, aber

- die politische Differenz zwischen ‚uns‘ RevolutionärInnen und diesen Linken ist noch größer (sie betrifft nämlich auch das *Ziel*) als
- die zwischen uns und den GradualistInnen, die auf der Grundlage einer adäquaten Begrifflichkeit von Kapitalismus und Antikapitalismus, ausschließlich eine illusionäre *Strategie* verfolgen, aber immerhin das Ziel mit uns teilen.

Ohne also die Aufgabe, zu erklären, „wie in einer nachkapitalistischen Welt Güter produziert, Dienstleistungen erbracht, Handel / Güterverteilung organisiert, Löhne und Renten gezahlt, Ersparnisse gesichert werden“, hier und heute zu verwerfen, scheinen uns also daneben und tendenziell vorrangig zwei *weitere* Aufgaben wichtig zu sein: (1.) zu erklären, warum uns denn eine reform-kapitalistische Perspektive nicht ausreicht (nur deshalb stellt sich ja die Frage nach postkapitalistischen Verhältnissen) und wie ein Kampf für eine weitergehende Perspektive aussehen soll (wozu auch die Frage nach der Bündnisperspektive von antikapitalistischen, anti-patriarchalen und anti-rassistischen Kämpfen gehört) sowie (2.), solange es nicht eine zum Stellen der Machtfrage ausreichende Anzahl von GegnerInnen der kapitalistischen Produktionsweise (und nicht nur des neoliberalen Kapitalismus) gibt, konstruktiv und vorwärtstreibend an Abwehr- und Reformkämpfen teilzunehmen⁵. Die politischen Alternative haben sich längst noch nicht – und werden sich wohl auch *niemals* – auf die Alternative von „Revolution oder Reaktion“ *reduzieren*.⁶

II. Zur Krisen-Diagnostik

1. Wie schon zitiert: Das Mehrheits-Papier beginnt mit den Sätzen: „Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts ist dreifach schwer angeschlagen. Wir erleben nicht nur eine ökonomisch / soziale und eine ökologische Krise, sondern auch eine der Legitimation und der Repräsentation“.

nerseits nicht gesunken ist) hingewiesen. Die Illusion der ReformistInnen beginnt nicht da, wo sie Reformspielräume behaupten, sondern da, wo sie die internationale Konkurrenz und damit die Kapitalfluchtisiken *unterschätzen*, und jedenfalls nicht ausdrücklich thematisieren, daß eine Umverteilung von Kapitaleinkommen zu Lohneinkommen jedenfalls *nicht grenzenlos* möglich ist. Irgendwann würden die Profite in der Tat so stark leiden, daß die Produktion eingestellt würde.

⁵ **Daher würden wir vorschlagen wollen, jenen Vorschlag in den Mittelpunkt zu rücken, den die Mehrheit nur beiläufig erwähnt und mit dem Vorbehalt „eigentlich“ versieht: „Angesichts der unweigerlich bevorstehenden Angriffe gehörte eigentlich eine ‚Initiative für den europäischen Generalstreik‘ auf die klassenkämpferische Tagesordnung“ – dies freilich nicht, um einen solchen Generalstreik hier und heute voluntaristisch auf die Machtfrage zuzuspitzen und sodann zur nachkapitalistischen Weise des Güterproduzierens überzugehen, sondern mit realistischen – d.h.: der heutigen Lage und dem heutigen Kräfteverhältnis angemessenen – Forderungen.**

⁶ Wenn wir uns die – zunächst – erfolgreichen oder knapp gescheiterten Revolution im 20. Jh. in Rußland, China, Chile und Portugal ansehen, so sehen wir, daß sich die Alternative niemals auf den Gegensatz ‚Zarismus – Bolschewiki‘, ‚japanischer Imperialismus – KPCh‘, ‚status quo oder MIR‘, ‚Faschismus – Kommunismus‘ zuspitze. Vielmehr ging der Oktoberrevolution die Februarrevolution voraus, der Kampf gegen den japanischen Imperialismus mußte gegen die Kuomintang weitergeführt werden; zwischen der MIR und dem später putschenden Militär stand Allende, und die Militärs, die in Portugal den Faschismus stürzten, waren mehrheitlich keine Kommunisten.

Auch diesbezüglich möchten wir zur Vorsicht mahnen: Eine Krise der Ökologie ist nicht zwangsläufig auch eine Krise der kapitalistische Produktionsweise. Auch eine Krise des parlamentarischen/bürgerlich-demokratischen Kapitalismus ist nicht zwangsläufig eine Krise des Kapitalismus schlechthin; und auch Liquiditätsengpässe und Bankrotte einzelner KapitalistInnen und selbst einzelner kapitalistischer Staaten, sind noch keine Krise der kapitalistischen Produktionsweise. Und schon gar nicht heißt, daß es den Lohnabhängigen schlechtgeht, daß es dem Kapitalismus schlechtgeht! – Selbst ein Sinken des Bruttoinlandsprodukts bedeutet nur, daß *Teile* der bisherigen Produktion unprofitabel geworden sind, aber nicht ein generelles Ausbleiben von Profiten.

Alldies sieht auch die Mehrheit letztlich nicht anders – nur schreibt sie es nicht ausdrücklich (sondern spricht von einem „schwer angeschlagen[en]“ Kapitalismus), wodurch das Papier einen alarmistischen Zungenschlag bekommt, der uns Unbehagen bereitet.

2. Nun stellt der Text nicht nur starke Krisen-Thesen auf, sondern er versucht auch, sie mit Zahlen und Zitaten – selbst von *mainstream*-Ökonomen – zu stützen:

Es mag gesagt werden, daß die VertreterInnen der herrschenden ökonomischen Lehren – qua politischer Parteilichkeit – zur Schönfärbung der Lage tendierten und RevolutionärInnen deren dramatischen Krisendiagnosen daher problemlos heranziehen könnten: Eher dürfte die Lage noch schlimmer sein, als sie sagen.

Wir denken allerdings, daß es sich nicht so verhält, und möchten zwei grundsätzliche Einwände machen:

➤ Die herrschenden ökonomischen Lehren gehen von einer grundsätzlichen Gleichgewichts-Hypothese aus. Wenn es dann – aus deren Perspektive: völlig überraschend doch einmal – zu einer Krise kommt, dann braucht es also ganz außergewöhnlicher Ursachen. Sie ‚müssen‘ – aus argumentationsstrategischen Gründen – gerade die *spezifischen* Krisenursachen starkmachen, um ihre *grundsätzliche* Gleichgewichts-Hypothese aufrecht erhalten zu können (so z.B. der von der Mehrheit zustimmend zitierte David Simmonds: „Die meisten Beobachter betrachten diese Periode der bemerkenswerten Anhäufung von Devisenreserven als Symbol der regionalen Macht und als eine Art neue globale ‚Norm‘. Wir sehen das völlig anders, nämlich als Symptom eines gefährlichen Ungleichgewichts, als instabile Anomalie.“.

Marx geht dagegen von einer grundsätzlichen Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise aus, und vielfach wurde er dahingehend verstanden, er rechne – früher oder später – mit einem zwangsläufigen Zusammenbruch des Kapitalismus aus ökonomischen Gründen. Diese zusammenbruchstheoretischen Lesarten der marxischen Kritik der Politischen Ökonomie haben sich allerdings bisher nicht bewahrheitet und führten immer wieder zu einer Unterschätzung der Fähigkeit des Kapitalismus, gerade *durch* Krisen seine Reproduktion sicherzustellen. Durch ‚Importierung‘ der herrschenden – aus vorgenanntem Grunde – dramatisierenden Krisen-Diagnosen in den marxistischen Diskurs, wird diese eh schon vorhandene und problematische zusammenbruchstheoretischen *Schlagseite* noch verstärkt – und zwar selbst dann, wenn auf der expliziten Ebene bestritten wird, eine Zusammenbruchstheorie zu vertreten.

➤ Dieser Unterschied zwischen impliziter Schlagseite und expliziter Ebene kommt dadurch zustande, daß es weniger klare Analysen und Begriffe sind, die in vorgenannter Weise in den marxistischen Diskurs importiert werden, sondern Metaphern⁷, die als solche (d.h.:

⁷ Vgl. kritisch zur Verwendung von Metaphern: „[...] der wissenschaftliche Geist muß unablässig gegen die Bilder,

eben weil sie Metaphern sind) ihre Botschaft auf indirekte Weise transportieren: Wenn z.B. gesagt wird: „Die Leute haben die Schnauze voll vom Kapitalismus und trotzdem gleichzeitig Angst vor dem, was nach dem ‚großen Knall‘ kommt“, so scheint damit nicht oder jedenfalls nicht in erster Linie gemeint zu sein, daß die Leute Angst vor einer Revolution haben (das könnte ja klar gesagt werden, wenn es gemeint wäre), sondern eher etwas wie: Weil die Leute vor einem ökonomischen Zusammenbruch Angst haben, tun sie erstrecht nichts aktiv für einen Sturz des Kapitalismus.

3. Nun macht das Papier für die dort genannte Zahlen geltend: „Wir ahnen den Vorwurf der Faktenhuberei, ebenso ist uns klar, dass ohne Untersuchung der Erhebungsgrundlagen/methoden solche Statistiken auch in die Irre führen können. Aber eine Diskussion über das Verhältnis Realwirtschaft – Finanzwirtschaft, über tatsächliche oder vermeintliche Macht/Dominanz der Finanzindustrie sollte vielleicht doch nicht nur von ‚gefühlten‘ Einschätzungen, sondern von (wenn auch zu hinterfragenden) Fakten ausgehen.“

Das ‚Gefühl‘ ist in der Tat ein schlechter Ratgeber für wissenschaftliche Analysen (und der Marxismus hat den Anspruch, eine wissenschaftliche Analyse der kapitalistischen Produktionsweise zu sein); aber Fakten sprechen nicht. Es reicht also nicht, einfach Zahlen anzuführen, sondern es müßte auch gesagt werden, was denn die Zahlen beweisen sollen.

In dem Mehrheits-Papier wird auf S. 6 zunächst Adam Smith zitiert,

„Überall in Europa haben die Schulden enorm zugenommen, die heute in allen großen Staaten als drückend empfunden und auf die Dauer vermutlich zum Ruin führen werden.“

und zurückhaltend angefügt: „über die damaligen ‚ruinösen‘ Schuldenstände können wir heute nur müde lächeln. Wer weiß schon, wie groß die Heiterkeit in 20 Jahren über Analysen wie diese ist.“

Aber dieser zurückhaltend-selbstkritische Ausgangspunkt wird nicht durchgehalten. Auf S. 9 wird dann der „Börsenguru‘ Jim Rogers“ mit den Worten zitiert: „die USA können ihre Schulden nicht nochmals vervierfachen.“

Uns interessiert nun weniger, die Zahl („nicht [...] vervierfachen“) und welche *Meinung* Jim Rogers hat, als vielmehr welche *Gründe* er dafür hat, und welche *Gründe* die SIB-Mehrheit hat, sich dieser Meinung anzuschließen. Diese kommen leider weder in dem Zitat noch ansonsten in dem Papier vor.

Oder nehmen wir die Tabelle auf S. 17, bezugnehmend auf die es zuvor im Text heißt: „Der Nominalwert [...] aller weltweit außerbörslich (OTC) gehandelten Derivate stieg von Anfang bis Mitte 2011 [...] auf 708 Billionen Dollar – die globale Weltwirtschaftsleistung (Summe aller geschaffenen Güter und Dienstleistungen) betrug 2011 weniger als ein Zehntel dieser sagenhaften Summe“.

Welchen Stellenwert / welche Aussagekraft hat es, den Nominalwert der außerbörslich gehandelten Derivate mit der Wirtschaftsleistung eines bestimmten Jahres zu vergleichen? Warum wird bspw. gerade der Nominalwert der außerbörslich gehandelten Derivate genannt und nicht der Nominalwert aller Derivate? – aber dies nur im Rande. Wichtiger ist die Frage: Welchen Stellenwert hat es überhaupt, Derivate mit der Wirtschaftsleistung *eines* bestimmten Jahres zu vergleichen, ohne auf die genaue Art der Derivate einzugehen?

die Analogien, die Metaphern ankämpfen.“ Denn: „Die Metaphern stellen für die Vernunft, ob man es will oder nicht, eine Verführung dar.“ (Gaston Bachelard, *Die Bildung des wissenschaftlichen Geistes*, Suhrkamp: Frankfurt am Main, 1984, 80, 134).

Laut Glossar des Mehrheitspapiers können Derivate bspw. von Krediten abgeleitet sein.⁸ Kredite werden aber für die Anschaffung von *langlebige* Investitions- und Konsumgütern aufgenommen. Die Kredite werden über *mehrere* Jahre zurückgezahlt und die Investitionen sollen sich auch erst nach *mehreren* Jahren amortisieren. Es ist also nicht weiter erstaunlich, daß der Nominalwert der davon abgeleiteten Derivaten (ob außerbörslich gehandelt oder nicht) ein Vielfaches der Wirtschaftsleistung *eines* Jahres ausmacht. Eine ‚Dominanz der Finanzwirtschaft‘ läßt sich daraus jedenfalls nicht ableiten.

Das entsprechende gilt, wenn das Volumen (der Nominalwert) von Derivaten, die bspw. von Zinssätzen abgeleitet sind, mit der Jahreswirtschaftsleistung verglichen wird: Es wird die Quantität von völlig unterschiedlichen Qualitäten verglichen – oder volkstümlich gesprochen: Äpfel mit Birnen verwechselt.

Dito in Bezug auf die „Devisenspekulation“. Dazu heißt es in dem Mehrheitspapier: „Während sich zwischen 2000 und 2010 Welt-BIP (von 32 auf 62 Billionen Dollar) und Welthandelsvolumen (von 6,4 auf 15,2 Billionen Dollar) etwa verdoppelten, stieg allein die Devisenspekulation in dieser Periode um fast das Neunfache (von 80 auf 700 Billionen Dollar).“ Um die Bedeutung dieser Zahlen beurteilen zu können, müßte zunächst einmal definiert werden, was denn hier alles unter den Ausdruck „Devisenspekulation“ fällt. Jeder Tausch von Währung A in Währung B?! Oder was? Was kann alles das Motiv für derartige „Währungsspekulation“ sein? Und was heißt es, wenn das Volumen derartiger „Währungsspekulationen“ schneller steigt als das des BIP oder des Welthandels?!

Uns scheint mit allen derartigen ‚spektakulären Vergleichen‘ wird ein bestimmter Maßstab für das Normale oder Wünschenswerte vorausgesetzt, von dem die Vergleichenden aber dem Publikum keine (und vielleicht auch nicht einmal sich selbst) Rechenschaft ablegen. Dies zeigt sich deutlich in einem von der Mehrheit angeführten Zitat aus einer Infomail der Gruppe Arbeitermacht: „Das Grundproblem heute ist, dass sich die für die weltweite Kapitalverwertung notwendigen Profitsteigerungen, schon seit einem Jahrzehnt nur durch unverhältnismäßige ‚Wertsteigerungen‘ von fiktivem Kapital ergeben haben.“

Ein derartiger Satz sagt nichts aus und ist auch nicht überprüfbar, solange nicht gesagt wird, was denn – statt der tatsächlich zustande gekommenen Wertsteigerung – als ‚verhältnismäßige‘ (‚angemessene‘) Wertsteigerung angesehen wird.

4. Zurück zur Metaphern-Kritik:

a) Blasen

In dem Text ist häufig von „Blasen“ die Rede. Eine Definition von „Blase“ im ökonomischen Sinne wird an keiner Stelle geben, aber allein an folgender Stelle taucht das Wort dreimal auf – und der metaphorische Charakter seiner Verwendung wird deutlich:

„[...] auch zwischen der Krise 2011 (und der 2008) und den Blasenbildungen der 1990-iger und 2000-er Jahren gibt es einen Unterschied. Wir würden (Mario Candeias folgend) sagen, dass letztere noch einen ‚realen Bezugspunkt‘ hatten: Der Aktiencrash der asiatischen ‚Tigerstaaten‘ 1997 oder der Ausverkauf russischer Staatsanleihen 1998 waren die Folge der Ausdehnung der kapitalistischen Akkumulation in neue Verwertungsräume. Die ‚Dot-com-Blase‘ 2001 finanzierte die Entwicklung und Verbreitung der Internet-Technologie.“

⁸ „Basiswerte eines Derivats können sein reale Handelsgüter wie Rohstoffe oder Lebensmittel, Vermögensgegenstände wie Aktien, Anleihen, *Kredite* oder Devisen, marktbezogene Referenzgrößen wie Zinssätze, Indices oder Währungsrelationen, aber auch der Eintritt oder Nicht-Eintritt bestimmter Ereignisse wie Unternehmensinsolvenzen oder Staatsbankrotte.“ (unsere Hv.).

Schon der US-Immobilienblase und in der Folge der Kredit- und Bankenkrise 2007/8 lag kein neues, auch nur potentiell tragfähiges Akkumulationsfeld / -modell mehr zu Grunde.

Es ging um die Befeuerung der erlahmenden US-Konjunktur mit ‚heißer Luft‘, kein Mensch (schon gar nicht in der Finanzindustrie) ging davon aus, dass diese ‚Subprime‘- oder ‚Ninja‘ (No income, no jobs) – Kredite jemals zurückgezahlt werden (können). ‚Heiße Luft‘, diese Wortwahl dürfte viele provozieren – [...].“

Die Ausdrücke ‚Realwirtschaft‘ und ‚realwirtschaftlich‘ werden in dem Text zwar meistens in distanzierende Anführungszeichen gesetzt. Aber „Blase“ konnotiert hier, da sie einerseits einem „realen Bezugspunkt“ – und mehr noch: (implizit) ‚der Realität‘ – *gegenübergestellt*⁹ und andererseits mit „heiße[r] Luft“ *in Verbindung* gebracht wird, *in der Sprache des Textes selbst* Irrealität. Aber die Häuser, die die in USA (und entsprechend in Spanien) gebaut wurden, waren kein Schein – sie wurden *tatsächlich* gebaut. Aber nicht nur Häuser, sondern selbst Kredite und ‚digitales Geld‘ sind Realität. Einmal mehr zeigt sich, daß die Linke von einem Materialismus der Anfassbarkeit und -sichtbarkeit zu einem Materialismus des Unsichtbaren und Nichtbetastbaren übergehen muß, wenn sie (nicht nur die natürliche, sondern auch) die gesellschaftliche Realität in ihrer ganzen Komplexität erfassen will. Die Linke braucht eine Unterscheidung unterschiedlicher Arten von Materialität, nicht eine hegelianische Entgegensetzung von *Sein* und *Schein* (was etwas anderes ist als die – zu verteidigende – Unterscheidung von *Erkenntnis* und *Irrtum*).

Und: Die Ausdrücke „Blase“, „platzen“ und „Ninja“ hören sich zwar dramatisch an, aber: Das Papier will ja das Spezifische, das Neue, der aktuellen Krise herausarbeiten. Ist denn wirklich neu, daß sich Investitionen nicht rentieren, weil die Nachfrage einbricht, bevor die gekauften Produktionsmittel einsatzfähig / die produzierten Waren (hier: Häuser und Wohnungen) verkauft sind? Ist es wirklich neu, daß Schuldner/in von Banken Pleite gehen?

Nun, das wird auch die SIB-Mehrheit nicht behaupten wollen. Die These scheint vielmehr zu sein, daß von vornherein nicht-renditeträchtige Investitionen getätigt wurden / daß Kredite vergeben wurden, von denen von vornherein zu erwarten war, daß sie nicht zurückgezahlt werden:

„Schon der US-Immobilienblase und in der Folge der Kredit- und Bankenkrise 2007/8 lag kein neues, auch nur potentiell tragfähiges Akkumulationsfeld / -modell mehr zu Grunde. Es ging um die Befeuerung der erlahmenden US-Konjunktur mit ‚heißer Luft‘, kein Mensch (schon gar nicht in der Finanzindustrie) ging davon aus, dass diese ‚Subprime‘- oder ‚Ninja‘ (No income, no jobs) – Kredite jemals zurückgezahlt werden (können).“ (Hv. i.O.)

Wieso sollten Banken Kredite vergeben, mit deren Rückzahlung sie nicht rechnen?! Das würde allenfalls bei extrem hohen Zinsen (sodaß Tilgungen und Zinszahlungen, die bis zur Insolvenz des Schuldners / der Schuldnerin erfolgen, immer noch einen Gewinn erlauben) Sinn haben. Aber so hoch waren die Zinsen in den 2000er Jahren nicht!

Das Papier scheint allerdings ein Motiv zu sehen: „Es ging um die Befeuerung der erlahmenden US-Konjunktur“. Dieses Motiv mag erklären, warum eine Zentralbank die Zinsen senkt, warum ein Parlament Hausbau-Subventionen beschließt usw. – aber es ist kein ausreichendes Motiv für eine *Geschäftsbank*, nicht auf die Bonität ihrer SchuldnerInnen zu achten.

Eher plausibel wäre zu sagen, im Wettlauf um KundInnen seien die Banken zu risikofreudig geworden. Aber Konkurrenz gehört zum Kapitalismus, wie das Amen zur Kirche; und, daß

⁹ „[R]eale[r] *Bezugspunkt*“ (unsere Hv.) läßt dabei anklingen, daß auch schon die sog. „Blasen“ der 90er Jahre und des Jahres 2001 keine vollwertige Realität gewesen, aber immerhin noch auf sie bezogen gewesen seien.

Risiken nicht nur Risiken bleiben, sondern auch mal Wirklichkeit erwerben, ist auch nicht neu.

Ein anderer Grund kann sein, daß Bankangestellte – durch Prämien pro Vertragsabschluß – zu einem Verhalten animiert wurden, das sich letztlich als schädlich für die Banken erwies (Steigerung der Kreditvertragsabschlüsse ohne ausreichend auf Sicherheiten zu achten). Dies mag (auch) kapitalismus-immanent kritisierenswert sein – ändert aber nichts daran, daß mit diesen Krediten reale Häuser gebaut wurden (oder, sofern bereits abgezahlte Häuser und Grundstück [erneut] beliehen wurden oder Kreditsummen aufgrund von Immobilienpreissteigerungen ausgeweitet werden konnten, daran, daß anderer – ebenfalls realer – Konsum ermöglicht wurde).

Schließlich: Wie gesagt, die Rede vom Platzen einer Blase hört sich dramatisch an. – Aber in dem Mehrheits-Papier heißt es ziemlich am Ende: „Die revolutionäre Linke darf deshalb [...] keine ‚Angst‘ vor den ‚Kettenreaktionen‘ etwa einer ‚finanziellen Kernschmelze‘ haben und zeigen (sonst ist sie ganz schnell da, wo die Steinbrücks und Trittins schon sind)“.

Nun ja, es hat unseres Erachtens wenig Sinn, die eigene Erpreßbarkeit einfach zu leugnen. Da wir bei unserer gegenwärtigen Schwäche nicht in der Lage sind, den Kapitalismus abzuschaffen, stehen wir in der *Wirklichkeit* vor der Frage, ob staatliche Bankensubventionen oder Bankenzusammenbrüche für die Lohnabhängigen das kleinere Übel sind.

Aber wie sieht es mit dem Kapitalismus aus? Ist es für den Kapitalismus so dramatisch, wenn eine sog. ‚Blase‘ ‚platzt‘?! Daß einzelne oder auch viele KapitalistInnen Pleite gehen, bedeutet noch lange nicht, daß der Kapitalismus zusammenbricht. Nicht einmal Geld / Vermögen geht gesamtwirtschaftlich dadurch verloren. Schon vor der Insolvenz des/r Schuldners/in saldierten sich Aktiva und Passiva von SchuldnerIn und GläubigerIn zu null. Daran ändert sich durch die Insolvenz nichts. D.h.: Dadurch, daß einzelne MarktakteurInnen Pleite gehen, wird die Gesellschaft insgesamt nicht ärmer; die Insolvenz ist nur die Folge davon, daß irgendwo im Wirtschaftskreislauf *erwartete* (d.h.: aus *ex ante*-Sicht: zukünftige) Einnahmen nicht zustande kamen.

Mag dies auch für die Lohnabhängigen, die erwartete Lohnsteigerungen nicht durchsetzen können, Reallohnseinbußen hinnehmen müssen oder sogar entlassen werden und deren Eigenheime zwangsversteigert werden, sowie für die einzelnen KapitalistInnen, die Pleite gehen, dramatisch sein – für die kapitalistische Produktionsweise ist es ein notwendiger und sinnvoller Mechanismus der Marktberreinigung. Daraus ergibt sich für uns ein weiteres Argument, auf die Ursache (die kapitalistische Produktionsweise) und nicht auf die Symptome (die Pleiten) zu fokussieren.

b) Spekulation

Anders als hinsichtlich der „Blasen“ stellt sich das Mehrheits-Papier beim Terminus Spekulation dem Definitionsproblem, und stellt zunächst treffend fest:

„Eine typisch ‚linksradikale‘ Argumentation geht so: Das planlose Produzieren des einzelnen Kapitalisten für einen anonymen Markt sei doch auch nichts anderes als Spekulation, ob sich der Profit wirklich realisieren lasse, wisse vorher keiner. Das ist [...] nicht mehr als ein rhetorischer Kniff, einen Begriff per ‚Inflationierung‘ ad absurdum zu führen (Spekulation = Kapitalismus).“

Dies ist zutreffend, entlastet aber diejenigen, die den Spekulations-Terminus in ihrem Diskurs verwenden, nicht, ihrerseits eine nicht-absurde Definition von „Spekulation“ zu geben.¹⁰

¹⁰ Die Mehrheit verwirft zunächst die Wikipedia-Definition von Spekulation als nicht-trennscharf und sagt dann, „was Spekulation *nicht* ist“ (unsere Hv.). Schließlich versucht sich die Mehrheit noch an einer Definition „dessen,

Unstrittig sollte sein – und *ist* es jedenfalls innerhalb der SIB –, daß Spekulation nicht schlicht „= Kapitalismus“, sondern ein spezifischer Aspekt von Kapitalismus ist. Innerhalb der SIB scheint auch Konsens zu sein, daß es keinen Kapitalismus ohne spekulative Elemente gibt. Damit ist eine wichtige Demarkationslinie zur Position von Attac & Co., die sich einen Kapitalismus ohne Spekulation wünschen (und ihn also anscheinend für möglich halten), gezogen. Die Frage kann also nur sein: Hat der spekulative Aspekt von Kapitalismus in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen und welche politischen Konsequenzen sind daraus gegebenenfalls zu ziehen?

Die Mehrheit sagt, das Ausmaß der Spekulation habe zugenommen, und dies sei im Ergebnis nicht nur eine quantitative Steigerung, sondern wirke sich – im Ergebnis – auch qualitativ als Steigerung der Krisenanfälligkeit des Kapitalismus aus. Diese Behauptung mag passieren, und daraus mögen dann auch Reformforderungen abgeleitet werden, die auch RevolutionärInnen unterstützen können, da sie nicht auf Verelendung der Lohnabhängigen und ökonomischen Zusammenbruch des Kapitalismus als vermeintlichen Weg zur Revolution setzen (sollten).

Daraus folgt aber nicht, daß wir den Begriff „Kapitalismus“ und die politische Kritik an so bezeichneten Realobjekt durch den Begriff ‚Spekulations-Kapitalismus‘ o.ä. und politische Kritik an einem so bezeichneten Realobjekt *ersetzen* sollten (auch die Mehrheit schlägt dies nicht vor). Nicht einmal folgt daraus, hier und heute die Kritik am ‚Spekulations-Kapitalismus‘ in den Mittelpunkt der Agitation zu rücken (diesbzgl. sind die Aussagen der Mehrheit allerdings weniger eindeutig).

Mag auch (zum pragmatischen Zweck der Reduktion der zu diskutierenden Streitpunkte) Plechanows Unterscheidung zwischen „Agitation“ und „Propaganda“ unproblematisiert hingenommen werden, so hat doch „Agitation“ von RevolutionärInnen immer, also auch hier und heute, *zwei* Aufgaben:

Erstens für Tagesforderungen und die zu deren Durchsetzung günstigen Aktionen zu argumentieren und *zweitens* zugleich auf die Grenzen der Durchsetzung derartiger Tagesforderungen hinzuweisen und darzulegen, daß eine Überwindung von Herrschaft, Ausbeutung und Krisen u.a. eine Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise erfordert und, daß diese Überwindungsprozeß keine *dinner party* sein wird, so er denn überhaupt stattfinden wird.

Darüber hinaus macht die Mehrheit geltend:

„Systemisch‘ wirklich neu ist die Tatsache, dass **innerhalb** des rasant gewachsenen Sektors der Finanzspekulation die Wetten auf fallende Kurse (von allem möglichem) und auf das Eintreten negativer Ereignisse von Staatsinsolvenzen bis Naturkatastrophen (Black Swan Fonds, [...]) ebenfalls rapide steigt. [...]. Wenn (beachtliche und wachsende) Teile der herrschenden Klasse nicht nur auf den Untergang der Konkurrenz, sondern des Systems wetten, ist über den Krisenkapitalismus und die Dringlichkeit seiner Überwindung genug gesagt.“

Auch an dieser Stelle bekommt das Mehrheitspapier wiederum einen zusammenbruchstheoretischen Zungenschlag. Gewettet wird in den genannten Fällen aber gerade nicht auf den Untergang der (gesamten) herrschenden Klasse oder „des Systems“, sondern auf den Untergang von werten (einzelnen oder mehreren) Klassenbrüdern und -schwestern der werten

was die heutige Finanzspekulation von der früherer Perioden unterscheidet“.

Damit ist allerdings die Frage nach der Definition eines Oberbegriffs von „Spekulation“ *als solcher*, von der „heutige Finanzspekulation“ ein *Unterfall* ist, noch offen. – Für die Zwecke des hiesigen Papiers reicht es allerdings zu unterstellen, daß es möglich ist, eine sinnvoll Definition von „Spekulation“ als solcher zu geben.

Wettenden oder auf den Untergang *bestimmter* Nationalökonomien. Gewettet wird nicht auf den eigenen Untergang, sondern mit dem Ziel, auch dramatische Ereignisse vorteilhaft zu überstehen.

Unseretwegen kann auch eine Reformforderung nach Verbot derartiger Wetten gestellt werden. Aber auch, was die etwaige Durchsetzung dieser Forderungen anbelangt, gilt, was die Mehrheit selbst Attac an anderer Stelle entgegenhält: „Wir sollten die KollegInnen fragen, ob sie selbst glauben, dass von da an der Kapitalismus krisenfrei sein wird.“

III. Finanzmarktgetriebener oder finanzmarktgestützter Kapitalismus?

Das Mehrheitspapier betont zurecht: „Sowohl die Pleite der österreichischen ‚Creditanstalt‘ und der deutschen ‚Danatbank‘ 1931 als auch die Lehman-Pleite 2008 wirkten natürlich krisenverschärfend, waren aber nicht Ursache, sondern Folge der kapitalistischen Krise. Planlose Überproduktion/Überakkumulation ist im Kapitalismus kein Betriebsunfall, sondern notwendige Regel.“

Aber doch scheint uns das Mehrheitspapier auf halbem Wege stehen zu bleiben, wenn später dennoch vom heutigen Kapitalismus als „finanzmarktgetriebener Kapitalismus“ gesprochen wird. Zur Begründung wird ausgeführt:

„Natürlich ist auch diese Formel anschlussfähig für ‚Täter-Opfer‘-Interpretationen (s. oben) [die Realwirtschaft als ‚Opfer‘ der Finanzmärkte], aber manchmal sollten wir um Begriffe (bzw. ihre Interpretation) auch kämpfen.
‚Getrieben‘ ist im doppelten Sinne dicht an der heutigen kapitalistischen Realität.
Erstens im Sinne eines ‚Benchmark setzens‘ für den Renditehunger (Ackermanns ‚Eigenkapitalrenditen unter 20 % sind nicht sexy‘ ist noch in guter Erinnerung – bei realen Wachstumsraten von – wenn überhaupt – 2-3 %).
Zweitens im Sinne von ‚Schmieröl‘ für die Weltwirtschaft (Stichwort ‚Häuser als Kreditkarten‘).“

Und gegen den Alternativvorschlag „finanzmarktgestützter Kapitalismus“ wird eingewandt: „Die SIB-Minderheit schlägt vor: ‚finanzmarktgestützter Kapitalismus‘, das ist zwar nicht falsch, aber irgendwie formelkompromisshaft, nicht Fisch und nicht Fleisch.“

1. Gehen wir zunächst auf den Einwand gegen den Alternativvorschlag ein:

In der Tat ist der Vorschlag „finanzmarktgestützter Kapitalismus“ ein Kompromißvorschlag. Denn wir sind uns nicht sicher, ob wir überhaupt eine spezielle Bezeichnung für den heutigen Kapitalismus benötigen. Eine solche Bezeichnung einzuführen, beinhaltet immer ein doppeltes Risiko:

a) Das erste Risiko besteht darin, die Unterscheidung zwischen den *Analyseebene* „Produktionsweise“ und „Gesellschaftsformation“ in eine *Chronologie* unterschiedlicher Kapitalismus-Stadien zu verwandeln: Der heutige Kapitalismus wäre danach ein anderer Kapitalismus als der Kapitalismus des *Kapitals* (vgl. dagegen oben S. 48 bei FN 3). Bei hinreichend präziser Begriffsverwendung mag sich dieses Risiko aber vermeiden lassen.

b) Das zweite Risiko besteht darin, unter einer derartigen Bezeichnung eine zu starke Vereinheitlichung ‚des Kapitalismus‘ der *jeweiligen* Epoche vorzunehmen, also *nationale und regionale* Unterschiede zu vernachlässigen. Auch dieses Risiko mag vermeidbar sein.

Schließlich scheint uns fraglich zu sein, ob der Bedeutungszuwachs der Finanzmärkte wirklich *das* grundlegende Merkmal heutiger kapitalistischer Gesellschaftsformationen ist und also zur Namensgebung herangezogen werden soll. Wir würden eher dahin tendieren, vielleicht in der De-Regulierung (die immer auch mit Re-Regulierungen einhergeht, also tatsäch-

lich eher eine Anders- als wirklich eine *De*-Regulierung ist) der Finanz- **und** Arbeitsmärkte das grundlegende Unterscheidungsmerkmal des heutigen ‚des‘ heutigen gegenüber ‚dem‘ fordristischen Kapitalismus zu sehen – und der Bedeutungszuwachs der Finanzmärkte wäre also nur die *Folge* eines *Teilaspektes* dieses grundlegenden Unterscheidungsmerkmals. Dennoch würden wir den Ausdruck „finanzmarktgestützter Kapitalismus“ als *Beschreibung* jener Folge dieses Teilaspektes passieren lassen – wenn auch eine Beschreibung freilich noch keine Analyse von Ursachen und Mechanismen ist.

2.a) Die SIB-Mehrheit gesteht selbst zu, daß ihr Ausdruck „finanzmarktgetriebener Kapitalismus“ für eine Täter-Opfer-Lesart anfällig ist. Er scheint uns dafür aber nicht nur *anfällig* zu sein (womit sich vielleicht auch der Eintritt *dieses* Risikos vermeiden ließe); diese Lesart scheint uns vielmehr auch in dem ersten der beiden Argumente, die für den Ausdruck explizit/positiv angeführt werden, impliziert zu sein:

„Getrieben‘ ist im doppelten Sinne dicht an der heutigen kapitalistischen Realität. Erstens im Sinne eines ‚Benchmark setzens‘ für den Renditehunger (Ackermanns ‚Eigenkapitalrenditen unter 20 % sind nicht sexy‘ ist noch in guter Erinnerung – bei realen Wachstumsraten von – wenn überhaupt – 2-3 %).“

Nach dieser Sichtweise setzt also ein Bankermanager, Herr Ackermann, den Rest des Kapitalismus irgendwie unter Druck, indem er einen Maßstab setzt. Außer, daß diese Äußerung von einem Bankmanager stammt, bleibt aber unklar, worin hier der konkrete Finanzmarktbezug liegen soll: Soll in dem Argument impliziert sein, die Finanzmärkte würden höhere Renditen erfordern, als die sog. Realwirtschaft? Und falls ja: *Warum* sollte das so sein? Wie sollte dieses ‚Fordern‘ jemals befriedigt werden können, wenn auch die Mehrheit zugesteht, daß der „Zins [...] aus marxistischer Sicht [...] eine Verteilungsform des Mehrwerts neben Profit und Grundrente“ ist. Wer/welche sollte bereit sein, mehr Zinsen zu zahlen als er/sie selbst (durch Investition des geliehenen Geldes) Profit erwirtschaften kann?!¹¹

Uns scheint sich das Ackermann-Zitat auf die Banalität zu reduzieren, daß das Kapital grundsätzlich an einer möglichst hohen „Eigenkapitalrendite“ interessiert ist – wieviel davon durchzusetzen ist, hängt freilich von der konkreten politischen und ökonomischen Konjunktur ab. Aber darauf, daß Ackermann die Zahl „20 %“ nennt, läßt sich unserer Überzeugung keine Definition eines spezifischen Kapitalismus stützen.

b) Bliebe also das zweite Argument: die Finanzmärkte als „Schmieröl“ für die Weltwirtschaft“. Dieser (unstrittige) Punkt scheint uns sehr gut mit dem Formel „finanzmarktgestützter Kapitalismus“ ausgedrückt zu sein. **‚Der Kapitalismus‘ oder ‚die Realwirtschaft‘ wird nicht etwa von den Finanzmärkten schikaniert oder tyrannisiert, sondern Industrie und Handel stützen sich auf die Finanzmärkte, die Finanzbranche reagiert auf Anforderungen von Handel und Industrie:**

„Die Sturm- und Drangperiode des Kapitals änderte auch den Finanzsektor, räumte dort die Barrieren fort, die einer beschleunigten Kapitalakkumulation im Wege standen. Die Liberalisierung der Finanzmärkte, deren Höhepunkt in die Amtszeit des US-Notenbankpräsidenten Alan Greenspan fiel, erfüllte die Wünsche des Industrie- und Handelskapitals nach rascher Expansion des Kreditsystems. Die Finanzierung nicht nur durch Bankkredite, sondern vor allem über den Kapitalmarkt war unverzichtbar geworden. [...]. Um das Kreditbedürfnis von Wirtschaft und Staat zu stillen, mussten neue Finanzierungsinstrumente eingesetzt werden. Dies geschah durch Verbriefung

¹¹ Allein in Bezug auf KonsumentInnenkredite funktioniert der Mechanismus, daß heutige – zeitlich vorgezogene – Konsummöglichkeiten durch späteren Konsumverzicht (aufgrund von Zins- und Tilgungsverpflichtungen) finanziert werden.

und Weiterverkauf von Bankkrediten und durch Finanzderivate (Credit Defaults Swaps).“¹²

Zusätzlich zu dem „Kreditbedürfnis von Wirtschaft und Staat“ könnte hier noch das Kreditbedürfnis der KonsumentInnen genannt werden – aber auch dies ergibt kein Argument für die These von der Dominanz der Finanzmärkte oder von den Finanzmärkten als treibender Kraft: Banken könnten KonsumentInnen durch niedrige Zinsen und das Verlangen nur geringerer Sicherheiten das Geldleihen *leicht* machen, aber sie können niemanden, der/die keinen ungedeckten Geld-/Konsumbedarf hat, veranlassen, einen Kredit aufzunehmen und dafür Zinsen zu zahlen!

3. Schon zuvor wird in dem Papier die These aufgestellt: „Nicht zu bestreiten ist unserer Sicht eine **Umkehr** der traditionellen finanzkapitalistischen Verflechtung zwischen Bank- und Industriekapital' (Gretchen Binus). Genauso wie etwa die Gesetzmäßigkeit des Profitratenfalls lässt sich das schwer ‚beweisen‘, aber starke Hinweise auf eine solche Entwicklung gibt es allemal.“

Zur Begründung führt die Mehrheit u.a. aus:

„Eine Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich mit dem Titel ‚Network of Global Corporate Control‘ (hier zitiert nach *junge Welt* vom 28.10.11) durchforstete auf der Suche nach den ‚wirklich‘ Mächtigen des Weltkapitalismus die Orbis-Datenbank der OECD. [...]. Die chinesische Petrochemical Group auf Platz 50 ist der einzige Konzern unter den Top 50, der keine Bank, Versicherung, Fond- oder Investmentgesellschaft ist – 75 % der Mega-Konzerne im ‚Club der 147‘ sind Teil der Finanzbranche!“

Dies beweist zunächst einmal nur, daß die Banken und Investmentfonds ihre – kapitalistisch sinnvolle – Aufgabe, Kapitalsammelstellen zu sein, wahrnehmen: Sie sammeln kleine Vermögen ein und legen sie im großen Maßstab an. Ungewöhnlich ist daran für kapitalistische Verhältnisse nichts.

Nun haben UnternehmenseigentümerInnen zwar eine erhebliche Macht, aber für eine Bedeutungsabnahme sog. ‚realwirtschaftlicher‘ Operationen und eine Bedeutungszunahme sog. ‚finanzwirtschaftlicher‘ Operationen besagen diese Zahlen nichts, sind doch diese „Bank[en], Versicherung[en], Fond- oder Investmentgesellschaft[en]“ an zahlreichen Industrieunternehmen, die wahrscheinlich selbst Attac-Mitglieder als „Realwirtschaft“ gelten lassen, beteiligt.

Schließlich ist zwar entgegen der von Georg Lukács und der Frankfurter Schule inspirierten Rede von einem ‚totalen Verdinglichungszusammenhang‘ o.ä., dem „der Mensch“ schlechthin unterworfen sei, daran festzuhalten, daß es ziemlich Machtlose, Mächtigere und sehr Mächtige gibt.

Aber die wirklich Mächtigen sind auch jene 147 Konzerne nicht! Wirklich mächtig sind gar keine Subjekte (weder natürliche noch juristische Personen), sondern die gesellschaftlichen Strukturen, die die Positionen, von denen aus die Subjekte agieren (müssen), und die Regeln, nach denen sie agieren (müssen), definieren!

„Die Gestalten von Kapitalist und Grundeigentümer zeichne ich keineswegs in rosigem Licht. Aber es handelt sich hier um die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen. Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, [...], den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, sosehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag.“

¹² Guenther Sandleben, *Finanzmarktkrise – Mythos und Wirklichkeit*. Wie die ganz reale Wirtschaft die Krise kriegt, BoD: Norderstedt, 2001, 92.

(Karl Marx, *Das Kapital*. Bd. I, MEW Bd. 23, S. 16).

„Die wahren [...] Subjekte sind [...] weder die Stelleninhaber noch die Funktionäre, also – allem Anschein und jeder ‚Evidenz‘ des ‚Gegebenen‘ im Sinne einer naiven Anthropologie zum Trotz – eben *nicht* die ‚konkreten Individuen‘ und die ‚wirklichen Menschen‘: die wahren ‚Subjekte‘ sind die Bestimmung und Verteilung dieser **Stellen und Funktionen**. Die bestimmenden und verteilenden Faktoren, kurz: *die Produktionsverhältnisse (und die politischen und ideologischen Verhältnisse einer Gesellschaft) sind die wahren ‚Subjekte‘*. Aber da es sich hierbei um ‚Verhältnisse‘ handelt, können sie in der Kategorie des Subjekts nicht gedacht werden.“

(Louis Althusser, *Der Gegenstand des ‚Kapital‘* (1965/68), in: ders. / Etienne Balibar [Hg.], *Das Kapital lesen*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1972, 94-267, 242 – kursive Hv. i.O.; fette von uns).

IV. „Realwirtschaft“ und „Finanzmärkte“ – zu zwei Einwänden der SIB-Mehrheit gegen Guenther Sandleben

Die Mehrheit schreibt in ihrem Papier:

„Nicht folgen können wir [...] dem Genossen Sandleben, der (in der *jungen Welt* 12.1.12) versucht die These ‚Ansteckung‘ der Realwirtschaft durch die Finanzmärkte damit zurückzuweisen, dass er eine generelle ‚Absatzstockung‘ infolge der ‚Häuserüberproduktion‘ in den USA einfach behauptet (wurden zuviel Häuser gebaut oder war der bestehende Häusermarkt absurd überbewertet? Und hat diese Überbewertung nicht gerade umgekehrt Binnennachfrage generiert?).

Des Weiteren hat es ihm zufolge in den USA keine ‚Kreditklemme‘ gegeben, gleichwohl soll ein Eintreten derselben nur durch die Zins- und Kreditpolitik der Notenbanken verhindert worden sein.“

Ohne unsererseits den *junge welt*-Artikel gelesen zu haben – jedenfalls in seinem (von uns oben bereits zitierten) Buch nennt Sandleben Zahlen:

1. Der US-Immobilienboom lag nicht an einer ‚absurden Überbewertung‘ von Immobilien, sondern entstand aufgrund einer realen Nachfrage aufgrund des Bevölkerungswachstums in den USA.¹³

1990 hatten die USA 249 Mio. EinwohnerInnen; 2000 waren es bereits 281 Mio. und 2010: 309 Mio.¹⁴ Daraus ergab sich also ein zusätzlicher Wohnungsbedarf von 2000 bis 2010 für 28 Mio. Menschen. Das Bevölkerungswachstum war noch dazu – jedenfalls in den 1990er Jahren – regional sehr ungleich verteilt:

„Das schnellste Bevölkerungswachstum konzentrierte sich auf die westlichen Bundesstaaten, wo die Bevölkerung zwischen 1990 und 2000 um 19,7 Prozent anstieg. Kurz dahinter lag der Süden mit 17,3 %; langsamer wuchsen der Mittlere Westen (7,9 %) und der Nordosten (5,5 %).“

(<http://usa.usembassy.de/gesellschaft-demographics.htm>).

An Wohnungsbauprogrammen für derartige Bevölkerungszuwächse ist nichts, aber auch gar nichts ‚fiktiv‘, „absurd“ oder „heiße Luft“.

2. Solange die Neubauten hinter der Nachfrage zurückbleiben, stiegen logischerweise die Preise für die bereits vorhandenen Wohnungen. Inwiefern in einem derartigen Preisanstieg eine „Überbewertung“ liegen soll, ist zumindest erläuterungs-/definitionsbedürftig.

¹³ Guenther Sandleben, *Finanzmarktkrise – Mythos und Wirklichkeit*. Wie die ganz reale Wirtschaft die Krise kriegt, Norderstedt, 2001, 11, FN 2.

¹⁴ http://en.wikipedia.org/wiki/Demographics_of_the_United_States.

3. Ab einem bestimmten Ausmaß an Neubauten, brach die Nachfrage freilich ein: **Der Absatz von Neubauten der US-Immobilienwirtschaft hatte im Juli 2005 seinen Höhepunkt erreicht; trotzdem stiegen die Baubeginne noch bis Jan. 2007¹⁵ und brachen danach – also ein halbes Jahr vor dem Beginn der Finanzmarktkrise – massiv ein.¹⁶ Dies ist das entscheidende empirische Argument gegen die hegemoniale – auch innerhalb der mehr oder weniger Linken hegemoniale – These vom Übergreifen der Krise von den ‚Finanzmärkten‘ auf die sog. ‚Realwirtschaft‘. Vielmehr griffen Überproduktionskrisen in der Industrie auf die Finanzmärkte über, so Sandleben!¹⁷**

4. Wir können auch den – mit dem Wort „gleichwohl“ in folgendem Satz angedeuteten – Einwand nicht nachvollziehen: „Des Weiteren hat es ihm [Guenther Sandleben] zufolge in den USA keine ‚Kreditklemme‘ gegeben, gleichwohl soll ein Eintreten derselben nur durch die Zins- und Kreditpolitik der Notenbanken verhindert worden sein.“

Daß eventuell (!) eine Kreditklemme entstanden wäre (Konjunktiv!), wenn die Notenbanken die Geldpolitik *nicht* gelockert hätten, ist kein Argument dagegen, daß *mit* der tatsächlichen Lockerung der Geldpolitik der Notenbanken eine Kreditklemme *tatsächlich* erfolgreich verhindert wurde!

V. Der vermeintliche tendenzielle Fall der Profitrate

Bzgl. dieses Punktes des Papiers haben wir zum einen ein argumentationsstrategisches Verständnisproblem und zum anderen zwei Einwände in der Sache:

1. Der Abschnitt ist ein Anhang und hauptsächlich theoriegeschichtlich angelegt; wir verstehen aber nicht, wofür (für welche These oder Schlußfolgerung) das Marxsche Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate in dem Papier angeführt wird.

Im Laufe der Diskussion zu dem Papier hatten wir zeitweilig den Eindruck, daß das „Gesetz“ der Grund für die skeptische Einschätzung einer inner-kapitalistischen Krisenbewältigungsmöglichkeit und für den frohen Ausblick auf postkapitalistische Verhältnisse ist. Das wird jetzt zumindest nicht explizit gesagt.

2. Die Mehrheit schreibt:

„Nun brachte die SIB-Minderheit das Argument vor, dass zwar v gegen 0 tendieren könne, deshalb aber keineswegs auch die Mehrmasse gegen 0 tendieren müsse. Die Prämisse dieses Gedankenexperiments ist nicht plausibel, in sich widersprüchlich, weil gleichbedeutend mit dem Ende des Kapitalismus als *waren*produzierende Gesellschaft.“

¹⁵ Eine derartige ‚Produktion auf Verdacht‘ ist – kapitalistisch betrachtet – nicht ungewöhnlich, sondern *typisch* kapitalistisch: Übermäßige – Kapazitätsausweitungen finden in einer kapitalistischen Ökonomie zwangsläufig statt, da jedes Unternehmen unter dem Zwang der Konkurrenz – keine andere Wahl hat, als zu versuchen, möglichst viele Waren abzusetzen und den Konkurrenzunternehmen möglichst viele Marktanteile abzujagen; also im Zweifelsfall lieber zuviel als zuwenig zu produzieren – auch auf das Risiko, am Ende auf einen Teil der Waren sitzen zu bleiben. Jedes Unternehmen hofft, nicht selbst aus dem Markt gedrängt zu werden, sondern die anderen aus dem Markt drängen zu können.

¹⁶ Guenter Sandleben, *Finanzmarktkrise – Mythos und Wirklichkeit*. Wie die ganz reale Wirtschaft die Krise kriegt, Norderstedt, 2001, 12; s.a. <http://www.census.gov/briefrm/esbr/www/esbr020.html>.

¹⁷ ebd., 12 und 19.

Die Erläuterung ist zutreffend, aber aus ihr folgt kein Argument *für*, sondern gegen das marxsche Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate. Der entscheidende *Punkt* ist: v kann gegen 0 tendieren, ohne jemals 0 zu *erreichen*. Unter dieser Bedingung kann die Mehrwertrate (mathematisch) so stark steigen, daß die Mehrwertmasse *steigt*, obwohl v sinkt. Ob ein so starkes Steigen der Mehrwertrate durchzusetzen ist, ist eine politische (und vielleicht auch noch eine ernährungsphysiologische) Frage, aber *keine* Frage *ökonomischer Gesetzmäßigkeiten*.

Und die entscheidende *Frage* lautet: Warum sollte das Kapital *jemals* v durch c ersetzen, wenn *dadurch* die Profitrate sinkt (also das Sinken von v nicht durch ein Steigen der Mehrwertrate kompensiert wird), oder gar v auf Null fallen lassen, was in Tat gleichbedeutend mit einem Ende des Kapitalismus wäre (da keine profitable Produktion mehr möglich wäre)?!

Die bisherigen VerteidigerInnen des Gesetzes haben keinen Zwangsmechanismus benennen können, der das Kapital zwingen würde, sich dermaßen selbst-schädigend zu verhalten; und auch im Papier der Mehrheit können wir keine Benennung eines solchen *Zwangsmechanismus* erkennen.

3. Ein Argument, daß in diese *Richtung* geht findet sich in dem Mehrheitspapier zwar sehr wohl:

„Schließlich gilt es zu unterscheiden zwischen Mehrwert / Profit-**Rate** und Mehrwert / Profit-**Masse**.

Eine steigende Profitmasse kann durchaus mit einer fallenden Profitrate einhergehen.

Der Einzelkapitalist interessiert sich mehr für ersteres – ganz simpel:

1 % von 100 Millionen ist doppelt soviel wie 5 % von 10 Millionen.“

Aber zum einen impliziert auch diese Überlegung nur, daß Situationen denkbar seien, in denen das Kapital um der Mehrwert-/Profitmasse willen ein Sinken der Profitrate hinnehme. Eine systematische *Tendenz* in die Richtung, ein *Zwang* für das Kapital, sich – abgesehen von konjunkturellen „entgegenwirkenden Ursachen“ – genau so zu verhalten, ist damit aber nicht dargetan.

Im übrigen ist aber auch nicht einsichtig, wieso ein KapitalistIn, der/die 100 Mio. investieren kann, diese 100 Mio. für 1 % Profit investieren sollte, wenn gleichzeitig eine Investitionsmöglichkeit mit 5 % Profit zur Verfügung steht. Daß die Investitionsmöglichkeit in dem Bereich, der 5 % Profit bringt, auf 10 Mio. begrenzt ist, mag im Einzelfall – wegen Sättigung des fraglichen Marktes – zutreffend sein. Eine über derartige Einzelfälle hinausgehende historische *Tendenz* in diese Richtung ist aber wiederum weder dargetan noch ansonsten zu erkennen.

Berlin, Jan. 2012